

**Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Arbeit,  
Wirtschaft und Gleichstellung  
am Mittwoch, dem 14.09.2022, im Großen Ausschusszimmer des  
Kreishauses Warendorf (4. OG, Raum C 4.26)**

**Beginn: 09:00 Uhr  
Ende: 11:27 Uhr**

	Seite
1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	
2. Bericht des Jobcenters zum Arbeitsmarkt im Kreis Warendorf	<b>115/2022</b>
3. Sachstand Bürgergeld	<b>141/2022</b>
4. Leistungsgewährung nach dem SGB II für hilfebedürftige geflüchtete Menschen aus der Ukraine	<b>116/2022</b>
5. ANNA – Endphase und Transferkonzept	<b>117/2022</b>
6. Projektförderung zur Unterstützung der Arbeitsmarktintegration von zugewanderten Menschen insbesondere aus Südosteuropa, Mittel- und Osteuropa	<b>118/2022</b>
7. Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen "Situation des Fachkräftebedarfs- und mangels im Kreis Warendorf"	<b>160/2022</b>

**Anwesend:**

<b>Ausschussmitglieder</b>
Bas, Ali
Budde, Heinrich
Fiedlers, Nils
Freiwald, Klaudius
Geiger, Andrea
Hollenhorst, Elisabeth K.
Kirchhoff, Norbert
Kocker, Dennis
Lehnert, Susanne, Dr.
Meyer, Ludger
Mindermann, Ursula
Schmedding, Josef
Schubert, David
Schulze Westhoff, Stephan
Starke, Dennis
Strübbe, Robert
Wamba, Gilbert
Zimmermeyer-Schürmann, Heike
<b>von der Verwaltung</b>
Beier, Susanne
Diekhoff, Katrin
Klausmeier, Brigitte
Krishnan, Anjana
Seidel, Ansgar, Dr.
<b>Gäste</b>
Michalczak-Hülsmann, Petra

**Es fehlten entschuldigt:**

<b>Ausschussmitglieder</b>
Schulte, Stephan

Frau Hollenhorst (B90/Die Grünen) eröffnet die Sitzung um 09:00 Uhr und begrüßt die Anwesenden. Sie stellt den form- und fristgerechten Zugang der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Sie stellt die Tagesordnungspunkte vor. Die Vorsitzende kündigt an, dass Herr Klaudius Freiwald (SPD) verpflichtet werden müsse. Daraufhin verliest die Vorsitzende die Verpflichtungsformel, der Vorgenannte spricht diese nach und wird somit als sachkundiger Bürger eingeführt und verpflichtet.

<b>1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner</b>	
--	--

Es wurden keine Fragen gestellt.

<b>2.</b>	<b>Bericht des Jobcenters zum Arbeitsmarkt im Kreis Warendorf</b>	<b>115/2022</b>
-----------	---	-----------------

Der Leiter des Jobcenters, Dr. Ansgar Seidel, berichtet anhand der als Anlage 1 beigefügten PowerPoint-Präsentation über den Arbeitsmarkt im Kreis Warendorf. Dabei geht er auch auf das rückläufige Integrationsgeschäft in diesem Jahr ein.

Herr Schulze Westhoff (CDU) fragt, worauf die in 2022 geringe Integration in Amazon zurückzuführen sei. Herr Dr. Seidel erklärt, dass es natürlich auch außerhalb von Amazon viele freie Stellen gebe und Amazon mittlerweile als Regelgeschäft geführt werde. Dennoch werde man natürlich versuchen, die Einstellungswelle zum Weihnachtsgeschäft zu nutzen.

Frau Mindermann (B90/Die Grünen) fragt, wie das Stellenangebot zurzeit bei Amazon ist und ob es da genaue Zahlen gebe. Herr Dr. Seidel bietet an, hierzu in der nächsten Sitzung ausführlicher zu berichten.

Frau Beier ergänzt zwei Gründe für die rückläufigen Zahlen. Zum einen werden vornehmlich ungünstige Schichten wie z.B. Nachtschichten nachbesetzt. Diese sind nicht so attraktiv. Zum anderen betreibt Amazon auch ein saisonales Geschäft, so dass insbesondere zu bestimmten Zeitpunkten Mitarbeiter gesucht werden.

Herr Schulze Westhoff (CDU) fragt, ob es auch beim Kreis Warendorf unbesetzte Ausbildungsstellen gebe. Im späteren Sitzungsverlauf gibt Frau Sozialdezernentin Klausmeier an, dass nur der Laufbahnlehrgang als Kreisbauoberinspektoranwärter als Weiterbildungslehrgang in diesem Jahr nicht besetzt werden konnte. Sonst konnten alle Stellen besetzt werden. Der Kreis Warendorf sei als Arbeitgeber weiterhin sehr attraktiv.

**3. Sachstand Bürgergeld**

**141/2022**

Der Leiter des Jobcenters, Dr. Ansgar Seidel, trägt gemeinsam mit der Sachgebietsleiterin Aktivierende Leistungen, Frau Susanne Beier, anhand der als Anlage 2 beigefügten PowerPoint-Präsentation, die geplanten Änderungen zum Bürgergeld vor. Herr Dr. Seidel gibt an, dass ab dem 01.01.2023 diese Änderungen in Kraft treten sollen.

Frau Zimmermeyer-Schürmann (CDU) fragt nach, ob das Schonvermögen zunächst für zwei Jahre 60.000€ bzw. 30.000€ beträgt und danach 15.000€ je Person. Herr Dr. Seidel bestätigt dies.

Frau Hollenhorst (B90/Die Grünen) fragt, wie der Ablauf in der sechsmonatigen Vertrauenszeit ist. Frau Beier gibt an, dass Integrationsmaßnahmen frei durch Überzeugung der Leistungsbezieher stattfinden sollen. Man solle nicht durch Sanktionen drohen, sondern einen gemeinsamen Weg gehen.

Herr Schulze-Westhoff (CDU) fragt nach, ob die zweijährige Karenzzeit neu zu laufen beginnt. Herr Dr. Seidel bestätigt, dass die Karenzzeit für alle Leistungsbeziehenden ab dem 01.01.2023 erneut beginnt.

Herr Ali Bas (B90/Die Grünen) erwähnt eine Studie zu Sanktionen, in der festgestellt worden sei, dass Sanktionen sich nicht integrationsfördernd auswirken würden. Weiterhin fragt er, ob durch das Bürgergeld ein Mehr- oder Minderaufwand entstehe. Herr Dr. Seidel gibt an, den Aufwand natürlich noch nicht abschließend bewerten zu können. Nach seiner Einschätzung werde sich im Bereich der Leistungsgewährung der Aufwand reduzieren und im Bereich der Arbeitsmarktintegration erhöhen. Frau Zimmermeyer-Schürmann (CDU) fragt, welche Mehrkosten aus dem Bürgergeld entstehen. Herr Dr. Seidel gibt an, diese noch nicht seriös beziffern zu können. Daher habe man sich nach jetzigem Stand - kommunalfreundlich - dafür entschieden, für den Entwurf des Haushaltsplanes 2023 noch keine Mehrkosten anzusetzen und die Entwicklung während der Haushaltsplanberatungen weiter zu beobachten.

Herr Schulze-Westhoff (CDU) kritisiert das Bürgergeld in der momentanen Form und fragt, ob seine Einschätzung zutrefte und es nicht zu einer Reduzierung von Leistungsberechtigten führen werde. Die Sozialdezernentin Frau Klausmeier erklärt, dass aus Ihrer Sicht der Grundsatz des Forderns viel zu stark in den Hintergrund gerate, wodurch die Arbeitsvermittlung drastisch erschwert werde. Auch das Abstandsgebot zu arbeitenden Familien, die gerade nicht abhängig von staatlichen Leistungen seien, werde verwässert.

Herr Kocker (SPD) merkt an, dass es auch im Bürgergeld weiter Sanktionsmöglichkeiten gebe. Auch das bisherige System habe den Sockel an Langzeitarbeitslosigkeit nicht aufbrechen können. Jetzt gelte es, die Wirkungen des Bürgergeldes abzuwarten. Die Regelsatzerhöhung sei zudem in diesen Zeiten unumgänglich.

Herr Bas (B90/Die Grünen) sagt, dass die Arbeitgeber sich darum kümmern müssen wie sie Jobs attraktiver machen. Mit diesem Problem müsse man sich weiter beschäftigen.

<b>4.</b>	<b>Leistungsgewährung nach dem SGB II für hilfebedürftige geflüchtete Menschen aus der Ukraine</b>	<b>116/2022</b>
-----------	--	-----------------

Der Leiter des Jobcenters, Dr. Ansgar Seidel, berichtet anhand der als Anlage 3 beigefügten PowerPoint-Präsentation Leistungsgewährung für hilfebedürftige geflüchtete Menschen aus der Ukraine. Dabei weist er darauf hin, dass Anträge ukrainischer Geflüchteter auch prioritär hätten bearbeitet werden müssen, um den Auftrag des schnellen Rechtskreiswechsels umzusetzen. Jetzt sei natürlich die Gleichbehandlung von allen Leistungsberechtigten wieder oberste Priorität, sodass sich die Ukrainerinnen und Ukrainer z.B. auch in das Terminierungskonzept des Jobcenters einfügen müssten.

Herr Strübbe (CDU) gibt an, dass das Rentenrecht in der Ukraine anders sei und fragt, wie das Jobcenter damit verfährt. Frau Klausmeier stellt klar, dass diese Leute Leistungen nach dem 3. Kapitel SGB XII erhalten, sofern sie eine ukrainische Rente beziehen.

Frau Beier stellt weiter vor und weist darauf hin, dass die meisten ukrainischen Geflüchteten in einen Sprachkurs wollten, aber bei weitem nicht genügend Plätze zur Verfügung stehen würden.

Herr Budde (CDU) fragt nach, ob nach Abschluss des Sprachkurses ein Zertifikat ausgehändigt wird oder eine Abschlussprüfung stattfindet. Frau Beier gibt an, dass es beides gibt.

Frau Hollenhorst (B90/Die Grünen) fragt nach, ob auch digitale Sprachkurse angeboten werden. Frau Beier sagt, dass es grundsätzlich möglich ist, aber nicht immer machbar. Das Problem sei auch hier eher der Personalmangel bei Lehrkräften.

Frau Mindermann (B90/Die Grünen) fragt, ob es Erkenntnisse zu den Abschlüssen der Leistungsbezieher aus der Ukraine gebe. Frau Beier führt aus, man versuche vorhandene Abschlüsse anzuerkennen. Dabei unterstütze die Organisation IQ-Netz, die prüfe inwieweit die Abschlüsse mit deutschen vergleichbar sind. Entweder werden Abschlüsse voll anerkannt oder man benötigt eine zusätzliche Fortbildung in Deutschland zum erworbenen Abschluss. Ist der Abschluss nicht gleichwertig zum deutschen Recht, kann dieser nicht anerkannt werden.

Abschließend dankt Herr Dr. Seidel Herrn Fiedlers (FWG) für seinen Hinweis, auf der Jobcenter-Webseite das Google-Übersetzer Tool einzufügen. Dies habe man gerne umgesetzt.

<b>5. ANNA – Endphase und Transferkonzept</b>
---

<b>117/2022</b>
-----------------

Der Leiter des Jobcenters, Dr. Ansgar Seidel, berichtet anhand der als Anlage 4 beigefügten PowerPoint-Präsentation über das Projekt ANNA. Er betont, dass die Zielvorgaben übererfüllt seien. Das Projekt bot darüber hinaus viele Erkenntnisse für das Regelgeschäft.

Frau Mindermann (B90/Die Grünen) bedankt sich für den Bericht und freut sich über das Projekt. Sie fragt, ob Minijobs bewusst angestrebt worden seien und welche Erfahrungen man damit gemacht habe, denn man könne diese ja durchaus kritisch sehen. Herr Dr. Seidel antwortet, dass auch das Jobcenter die Problematik sehe und Minijobs keine Zielvorgabe gewesen seien. Im ANNA-Projekt hätten viele der Minijobs zu einer guten Anschlussperspektive geführt. Dies wolle man aber nicht als Erkenntnis für das Regelgeschäft übertragen, da ursächlich dafür auch der sehr gute Betreuungsschlüssel im Projekt gewesen sein könne.

<b>6.</b>	<b>Projektförderung zur Unterstützung der Arbeitsmarktintegration von zugewanderten Menschen insbesondere aus Südosteuropa, Mittel- und Osteuropa</b>	<b>118/2022</b>
-----------	---	-----------------

Frau Susanne Beier stellt anhand der als Anlage 5 beigefügten PowerPoint-Präsentation das ESF-Projekt vor. Dabei geht sie auf die bisherigen Aktivitäten und weitere Planungen ein. Sie kündigt an, dass sobald das Projekt fortgeschritten ist, der Träger ASB zur Sitzung eingeladen werde.

<b>7.</b>	<b>Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen "Situation des Fachkräftebedarfs- und mangels im Kreis Warendorf"</b>	<b>160/2022</b>
-----------	--	-----------------

Frau Michalczak-Hülsmann verliest die als Anlage 6 beigefügte Antwort für die Gesellschaft für Wirtschaftsförderung im Kreis Warendorf (gfw).

Frau Beier verliest die als Anlage 7 beigefügte Antwort für das Jobcenter Kreis Warendorf.

Die Vorsitzende bedankt sich bei den Anwesenden und beendet die Sitzung um 11:27 Uhr. Sie bittet die Anwesenden noch ein paar Minuten sitzen zu bleiben. Frau Diekhoff wirbt für den Film „Women“.

Elisabeth K. Hollenhorst  
Vorsitzende

Brigitte Klausmeier  
Schriftführerin